

## Anträge

Antrag                    B 01

**Votum der AK      Diskussion durch Parteitag**  
**Votum des LPT    in geänderter Fassung angenommen**

### 1    **Spieglein, Spieglein an der Wand, wer hat die beste Bildung im ganzen Land**

2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37

Grundsätze sozialdemokratischer Bildungspolitik

**„Bildung ist wichtig, vor allem wenn es gilt, Vorurteile abzubauen. Wenn man schon ein Gefangener seines eigenen Geistes ist, kann man wenigstens dafür sorgen, dass die Zelle anständig möbliert ist.“ – Peter Ustinov**

Bildung ist die Grundlage zur Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen und befähigt ihn dazu, selbstbestimmt und kritisch Dinge zu beurteilen und gesellschaftliche Teilhabe zu erleben. Damit ist Bildung ein unumstößliches Menschenrecht und muss folgerichtig unabhängig von sozialer Herkunft, sozio-ökonomischem Hintergrund, Biographie und körperlicher oder geistiger Beeinträchtigungen sein. Dadurch ist es für uns absolut notwendig, eine Kostenfreiheit des Bildungssystems zu gewährleisten und inklusive Bildungsstätten zu schaffen. Bildungsungleichheiten sind so früh wie möglich zu kompensieren. Wir sprechen uns für die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik aus.

Nach unserem Verständnis endet Bildung nicht nach Beendigung der schulischen, beruflichen oder akademischen Ausbildung, sondern ist ein lebenslanger Prozess, der gefördert werden muss. Der Strukturkonservatismus bestehender Bildungseinrichtungen muss aufgebrochen werden, um den Herausforderungen einer alternden Wissensgesellschaft gerecht zu werden. Unser Ziel ist es, die Anerkennung informellen Wissens voranzutreiben und die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen. Dies gilt für Schulbildung, Berufsbildung, Hochschulbildung sowie Erwachsenenbildung, um so den Anspruch auf Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit aus sozialdemokratischer Sicht langfristig zu erfüllen.

Die erste institutionalisierte Begegnung mit Bildung haben die Kleinkinder in der Kinderkrippe. Ihr weiterer Weg führt sie über den Kindergarten in die Schule. Bereits in der Krippen- und Kindergartenzeit soll eine zielgerichtete Betreuung den Grundstein für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn legen. Dazu ist eine Senkung des Betreuungsschlüssels unbedingt erforderlich. Darüber hinaus ist eine Aufwertung des Erzieher\_innenberufs zwingend notwendig, um der gesellschaftlichen Verantwortung dieser Berufsgruppe Rechnung zu tragen. Um unseren Anspruch im Bereich Inklusion gerecht zu werden, muss in der Erzieher\_innenausbildung auch die sonder- und heilpädagogische Ausbildung ein fester Bestandteil werden.

## Anträge

Antrag                    B 01

38

### 39 **Frühkindliche Bildung**

40

41 Die frühkindliche Bildung, welche die Basis eines erfolgreichen und gerechten  
42 Bildungssystems ist, ist besonders auch für Menschen deren Muttersprachen nicht Deutsch  
43 ist hilfreich, um einen sicheren Umgang mit der Sprache zu erlernen. Kinder erwerben  
44 Sprache in der Interaktion mit anderen Kindern und Erwachsenen. Eine gezielte  
45 Sprachförderung in Kindergärten muss erhalten bleiben, um schon frühzeitig bei  
46 Spracherwerbsstörung eingreifen zu können.

47

48 Die Entlohnung der Erzieher\_innen muss ohne Wenn und Aber steigen. Ebenso muss der  
49 wöchentliche Stundenumfang so gestaltet werden, dass eine vernünftige Vor- und  
50 Nachbereitung sowie Elternberatung ermöglicht wird. Der Pool an vor Ort befindlichem,  
51 qualifiziertem Personal muss aufgestockt werden, damit Ausfälle besser kompensiert  
52 werden können. Ebenfalls ist die Erhöhung der Qualifikationsstufe der Erzieher\_innen  
53 anzustreben.

54

55 Der kapazitive und qualitative Ausbau der Kindertagesstätten muss weiterhin energisch  
56 vorangetrieben werden, um eine Betreuungsplatzgarantie und eine gute Bildung unserer  
57 kleinen Bürger\_innen zu gewährleisten.

58

59 Wie in der Zeit der letzten Regierungsbeteiligung muss der Weg zum kostenfreien  
60 Vorschuljahr wieder geebnet werden. Darüber hinaus fordern wir, dass der komplette  
61 Kinderbetreuungsbereich kostenfrei ist. Ziel muss es daher sein, dass alle Kinder kostenfrei  
62 in den Genuss frühkindlicher Bildung kommen.

63

64 Der Wechsel vom Kindergarten zur Schule stellt für die Kinder aus pädagogischer Sicht ein  
65 Problem dar, da der Übergang vom freien Lernen im Kindergarten zu einem immer  
66 mehrwerdenden und regelmäßigem Frontalunterricht zunächst schwer nachvollziehbar ist.  
67 Wir sprechen uns daher dafür aus, gerade in den ersten Jahren der Schulbildung, andere  
68 Lehr- und Lernkonzepte zu entwickeln, um zum Beispiel am spielerisch-entdeckenden  
69 Lernen im Kindergarten anzuknüpfen.

70

### 71 **Schule**

72

#### 73 Gemeinschaftsschule

74

75 Wir halten an unserem Konzept einer inklusiven Gemeinschaftsschule mit ganztägigem  
76 Betreuungsangebot fest. Denn nur wer gemeinsam lernt, verbessert neben den Inhalten  
77 gerade ihre/seine sozialen Kompetenz, Konfliktfähigkeit und Toleranz sowie lernt seine/ihre  
78 eigenen Stärken besser zu schätzen und einzubringen. Die schulische Uniformität des  
79 gegliederten Schulsystems muss überwunden werden, denn gleichförmige Menschen ohne

## Anträge

Antrag                    B 01

80 ihre individuellen, geförderten Fähigkeiten können nicht das Ziel einer heterogenen  
81 Gesellschaft sein.

82

### 83 Unterricht

84

85 Schulen brauchen mehr Eigenverantwortung und ausreichende Mittel, um ihre innovativen  
86 Ansätze auch umsetzen zu können und um z.B. die Unterrichtskonzeption im Hinblick auf  
87 Methodik und Didaktik konsequent weiterentwickeln zu können, damit diese auch  
88 zukünftigen Anforderungen entspricht. Der Frontalunterricht darf nicht mehr die  
89 beherrschende Unterrichtsform sein. Das Lernen ist keine passive Tätigkeit, sondern ein  
90 Prozess der Ausdruck von Erfahrung ist. Damit Inhalte besser verankert werden können und  
91 langfristig für die praktische Anwendung zur Verfügung stehen, sollte der Lernstoff  
92 weitestgehend selbst erarbeitet werden. Sie sollen mehr Lernprozessbegleitende denn  
93 autoritäre Wissensvermittelnde sein und die Schüler\_innen bei ihrer Reise durch die  
94 einzelnen Wissensgebiete mit Hilfe ihrer fachlichen Qualifikation unterstützen.

95

96 Dabei ist eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Universitäten (Fachdidaktik und  
97 allgemeine Didaktik), dem Kultusministerium, Gewerkschaften und politischen  
98 Vertreter\_innen unablässig, um eine positive Auswirkung progressiver didaktischer  
99 Erkenntnisse zu gewährleisten.

100

101 Die Wissenserlangung erfolgt zunehmend über das Internet und eine Vielzahl anderer  
102 Medien. Die Medienkompetenz muss gleichwohl bei Schüler\_innen und in der Aus- und  
103 Weiterbildung von Lehrkräften verbessert werden, damit diese auch einen sicheren Umgang  
104 mit den Medien haben. Grundlegend für dieses Ziel ist aber eine Versorgung der Schulen mit  
105 moderner multimedialer Technik. Zustände wie das Vorhandensein nur eines  
106 Computerkabinetts, in welchem alleine das Hochfahren der Rechner und das Login der  
107 Schüler\_innen einen Großteil der Unterrichtszeit verbraucht, ist nicht länger hinnehmbar.

108

109 Je nach Schultyp und Region fällt an sächsischen Schulen massiv Unterricht aus. Vertretung,  
110 oftmals fachfremd, oder Ausfall sind an der Tagesordnung. Von besseren  
111 Betreuungsschlüsseln kann nicht die Rede sein. Die SPD Sachsen macht sich dafür stark,  
112 mehr Neueinstellungen vorzunehmen.

113

114 Wir wollen, dass Unterrichtsausfall vermieden, Unterricht durch Nicht-Pädagog\_innen  
115 verhindert und unserem Ziel, einen besseren Betreuungsschlüssel zu realisieren,  
116 nachgekommen wird. Den Schulalltag zu bewältigen fordert darüber hinaus aber auch  
117 zusätzliches Personal. Wir brauchen endlich Schulsozialarbeiter\_innen dauerhaft und  
118 finanziell abgesichert an jeder Schule im Freistaat. Auch der Bund muss sich an dieser  
119 Aufgabe dauerhaft beteiligen. Zudem muss die psychologische Betreuung der Kinder  
120 gewährleistet sein.

121

|  |                                       |
|--|---------------------------------------|
| SPD Landesverband Sachsen<br>außerordentlicher Landesparteitag | 12. Oktober 2013<br>Annaberg-Buchholz |
| <b>Anträge</b>   |                                       |
| Antrag   | B 01                                  |

122 Die Vergütung der Lehrer\_innen muss deutlich verbessert werden. Bei der Bezahlung darf  
123 die Schulform, an der die Tätigkeit ausgeführt wird, keine Rolle spielen. Weiterhin muss das  
124 Lohnniveau erhöht werden. Darüber hinaus müssen die Löhne der Lehrkräfte insgesamt  
125 erhöht werden. Nur so können wir in Sachsen ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer auch in  
126 Sachsen halten.

127  
128 Um auch eine gleichmäßig hohe Qualität des Unterrichts zu gewährleisten, muss der  
129 Unterricht regelmäßig auf Methodik, (Fach)Pädagogik, Aktualität sowie Feedback der  
130 Schüler\_innen, überprüft werden. Im gleichen Maße sollten auch Schulen auf ihre  
131 (pädagogischen) Konzepte hin evaluiert werden. Dabei gilt es natürlich zu beachten, dass  
132 ein fairer Vergleich zwischen Schulen in ländlichen wie in städtischen Regionen möglich sein  
133 muss, ebenso wie schwierige soziale Milieus und sozial besser gestellte Milieus beachtet  
134 werden müssen.

135  
136 Schule ist eine kommunale Einrichtung. Aus diesem Grund muss den Schulen ein größerer  
137 Handlungsspielraum vor Ort eingeräumt werden. Das erleichtert die Einbindung von  
138 Lehrer\_innen, Schüler\_innen, Eltern sowie engagierten Vereinen. Die Menschen vor Ort  
139 haben ein gutes Gespür dafür, wie sie Schule im Ort voran bringen wollen, eine stärkere  
140 Einbindung ist daher unser Ziel.

141  
142 Um eine gute Erreichbarkeit der Schule zu ermöglichen, sind schüler\_innengerechte  
143 Fahrwege und -zeiten zu gewährleisten. Schulen sind Einrichtungen, die dezentral  
144 vorhanden sein müssen, da der Schultag in der Regel schon anstrengend genug ist. Deshalb  
145 darf es keine weiteren Schulschließungen geben! Ferner muss Schulneubau für alle  
146 Schulformen vom Freistaat Sachsen gefördert werden, um wohnortnahes schulisches  
147 Lernen zu ermöglichen. Obendrein wird dadurch die Umkehr des demographischen Wandels  
148 befördert. Menschen suchen sich schließlich dort ihr zu Hause, wo Infrastruktur existiert, die  
149 ihren Bedürfnissen entspricht. Zu guter Letzt muss die Schülerbeförderung von  
150 Schüler\_innen kostenfrei sein. Den Landkreisen und kreisfreien Städten sind vom Freistaat  
151 Sachsen jährlich entsprechende finanzielle Mittel einzuräumen.

152  
153 Die Anzahl der Schüler\_innen die ihre Schullaufbahn ohne Schulabschluss beenden, muss  
154 deutlich reduziert werden. Dafür müssen entsprechende präventive Maßnahmen getroffen  
155 werden.

### 156 **Berufliche Ausbildung**

158  
159 Auch die berufliche Ausbildung ist ein fester Bestandteil in der Bildungslaufbahn und somit  
160 muss auch hier die Erstausbildung gebührenfrei sein.

161  
162 Die hohe Qualität der dualen Berufsausbildung ergibt sich u.a. aus ihrer Organisation. Dazu  
163 zählt, dass nur Personen ausbilden dürfen, die auch dazu geeignet sind. Wir sind gegen den

|  |      |                                       |
|--|------|---------------------------------------|
| SPD Landesverband Sachsen<br>außerordentlicher Landesparteitag |      | 12. Oktober 2013<br>Annaberg-Buchholz |
| Anträge  |      |                                       |
| Antrag   | B 01 |                                       |

- 164 Trend, diese Qualifikationen mehr und mehr zu verwässern. Nur mit gut geschulten  
165 Ausbilderinnen und Ausbildern können wir den jungen Menschen die Fähigkeiten und  
166 Fertigkeiten der Berufe vermitteln. Es ist darüber hinaus zu prüfen, wie den Ausbilderinnen  
167 und Ausbildern Unterstützung in ihrer Arbeit gewährt werden kann.  
168  
169 Auch müssen zusätzliche Instrumente für Auszubildende entwickelt werden, die  
170 sogenannte Lernschwierigkeiten haben. Hierzu zählen z.B. Ausbildungsbegleitende Hilfen  
171 nach dem SGB III. Dies können Maßnahmen zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten  
172 sein ebenso wie sozialpädagogische Maßnahmen.  
173  
174 Die derzeitige Form der Einstiegsqualifizierung lässt Missbrauch durch die Unternehmen zu  
175 als Praktika, die durch den Bund bezuschusst werden. Die SPD Sachsen fordert daher  
176 verbindliche Regelungen für die Unternehmen bzgl. Inhalt, Dauer und Vergütung sowie die  
177 Anmeldung der schulpflichtigen Auszubildenden an den Berufsschulen.  
178  
179 Die Ausbildungsqualität in der Berufsschule muss verbessert werden durch eine höhere  
180 Anzahl an qualifiziertem Lehrpersonal. Die Berufsschulnetzplanung muss zwischen Land  
181 und Schulträgern koordiniert werden.  
182  
183 Die Ausbildungsbedingungen für die jungen Menschen müssen verbessert werden. Die  
184 Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Arbeitszeitgesetzes sind strenger zu  
185 kontrollieren. Deshalb ist es notwendig, dass das Jugendarbeitsschutzgesetz zu einem  
186 Auszubildendenschutzgesetz weiter entwickelt wird. Regelungen wie die Begrenzung von  
187 Arbeitszeit, ein eingeschränktes Nachtarbeitsverbot oder aber die Gewährung von mehr  
188 Urlaub sollten für alle Auszubildende gleichermaßen gelten.  
189  
190 Nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung beginnt für viele junge Menschen eine neue  
191 Zitterpartie. Werden Sie im Ausbildungsbetrieb übernommen? Um diese Situation zu  
192 vermeiden unterstützen wir die Forderungen der Gewerkschaften nach einer  
193 tarifvertraglichen Regelung zur Übernahme von Auszubildenden in den Betrieben und im  
194 öffentlichen Dienst.  
195  
196 Unternehmen, die übernehmen wollen aber finanziell das zeitweise nicht leisten können,  
197 sollten staatliche Unterstützung beantragen können.  
198  
199 Unternehmen, welche die finanziellen Mittel und Ressourcen haben, müssen ausbilden.  
200  
201 Immer mehr Betriebe verweigern die Ausbildung junger Menschen, obwohl sie die  
202 Voraussetzungen erfüllen. Nach wie vor gibt es nicht genügend Ausbildungsplätze für alle  
203 Bewerberinnen und Bewerber. Deshalb hält die SPD Sachsen an der politischen Forderung  
204 der Ausbildungsumlage fest.  
205

|  |      |                                       |
|--|------|---------------------------------------|
| SPD Landesverband Sachsen<br>außerordentlicher Landesparteitag |      | 12. Oktober 2013<br>Annaberg-Buchholz |
| <b>Anträge</b>   |      |                                       |
| Antrag   | B 01 |                                       |

- 206 Warteschleifen im Ausbildungssystem ohne sichere Perspektive auf einen Abschluss  
207 gehören abgeschafft.  
208
- 209 Betriebe und Unternehmen, welche nicht ausbilden dies aber könnten, müssen in  
210 regelmäßigen Abständen eine finanzielle Abgabe leisten. Mit diesen Mitteln sollen jene  
211 Betriebe gefördert werden, die Ausbildungsplätze anbieten.  
212
- 213 Die SPD Sachsen setzt sich für die Schaffung einer Mindestausbildungsvergütung ein. Damit  
214 wollen wir den Auszubildenden eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Auch können  
215 nur so die gesteigerten Anforderungen z.B. an die Mobilität der Auszubildenden erfüllt  
216 werden.  
217 Als Rahmen für die Mindestausbildungsvergütung scheint sich sinnvollerweise der BaföG-  
218 Satz für Studierende zu eignen.  
219
- 220 Um sich persönlich während seiner Ausbildung weiterbilden zu können, ist es notwendig,  
221 einen Bildungsurlaub einzuführen. Dieser soll explizit auch auf die Anerkennung von  
222 Inhalten und Angeboten aus der Jugendarbeit gelten und 10 Tage pro Jahr umfassen.  
223  
224
- 225 **Hochschule**  
226
- 227 Studium finanzierbar machen  
228
- 229 Bildung ist ein öffentliches Gut, welches öffentlich finanziert werden soll. Daher lehnen wir  
230 die Finanzierung von Hochschulen durch Studiengebühren ab. Dies umfasst ebenso  
231 Langzeitstudiengebühren und Studiengebühren für Nicht-EU-Studierende. Unser Ziel ist es  
232 ist, die Hochschulen zu öffnen, wofür ein finanzierungsunabhängiger Zugang ermöglicht  
233 werden muss.  
234 Hierfür muss auch die Studienfinanzierung neu ausgerichtet werden. Das  
235 Deutschlandstipendium ist zu Gunsten einer BaföG-Reform abzuschaffen. Bei der BaföG-  
236 Reform müssen kurzfristig die Übergänge zwischen Bachelor und Master neu geregelt  
237 werden, die Altersgrenzen weiter angehoben werden und die dringend notwendige  
238 Anhebung der Bedarfs- und Freibetragssätze vorgenommen werden. Langfristig soll das  
239 BaföG zu einem nicht-zurückzahlenden elternunabhängigen Studienfinanzierungsmodell,  
240 **wie es in Dänemark mit dem "Statens Uddannelsesstøtte" vorgemacht wird, entwickelt**  
241 werden.  
242  
243
- 244 Wissenschaft als Zukunftsinvestition begreifen  
245
- 246 Um den konstant hohen Studierendenzahlen im Freistaat Sachsen gerecht zu werden und  
247 weiterhin ein hochwertiges Angebot in Forschung und Lehre anbieten zu können, werden

## Anträge

Antrag                      B 01

248 die Stellenstreichungen von über 1.000 Stellen zurück genommen und die  
249 Hochschulentwicklungsplanung an die tatsächlichen Studierendenzahlen angepasst.  
250 Zudem sollen die Bundesmittel aus dem Hochschulpakt 2020 in vollem Umfang für die  
251 Arbeit an den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden, um etwaige Überlast abzubauen  
252 und Qualität in der Lehre zu sichern.

253  
254 Darüber hinaus muss weiter an der Umsetzung des Bologna-Prozesses gearbeitet werden,  
255 insbesondere bei der Studienorganisation inkl. der zeitlichen Arbeits- und  
256 Prüfungsbelastung sowie Mobilität besteht nach wie vor Reformbedarf. Zur Unterstützung  
257 der Hochschulen schlagen wir ein Landesprogramm zur weiteren Qualitätssteigerung vor.

258  
259 **Perspektivisch darf im „Land der Ingenieure“ keine einseitige Ausrichtung von Wissenschaft**  
260 **vollzogen werden. Daher ist darauf zu achten, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften,**  
261 **insbesondere auch die sogenannten „Kleinen Fächer“, in ihrer Breite erhalten bleiben. Dort**  
262 **wo es geboten ist, sollen sinnvolle Verknüpfungen sowie neue inter- und transdisziplinäre**  
263 **Ansätze verfolgt werden, um dies mit den Natur- und Ingenieurwissenschaften zu**  
264 **verknüpfen.**

265  
266 Die vorhandene Forschungs- und Lehrinfrastruktur muss auch künftig unterhalten werden.  
267 Insbesondere bei der Bereitstellung von Investitionsmitteln für Großgeräte muss  
268 umgesteuert werden, damit der Wissenschaftsstandort Sachsen attraktiv bleibt. In diesem  
269 Zusammenhang sollte auch bei der Berufungspolitik im Sinne einer nachhaltigen Nutzung  
270 bereits vorhandener Infrastruktur und Großgeräte umgesteuert werden; hier sind  
271 insbesondere die Hochschulen gefordert, Potentiale zu heben.

272  
273  
274 Chancengerechtigkeit fördern

275  
276 Der Hochschulzugang ist weiter zu öffnen. Dies wird uns insbesondere gelingen, wenn der  
277 Zugang zum Studium für beruflich Qualifizierte barrierefrei ermöglicht wird. Dies bedeutet  
278 einerseits, dass die Zugangshürden und -tests in der Praxis nicht zur Selektion führen, und  
279 andererseits, dass sich Hochschulen auf heterogene Studierendengruppen einstellen  
280 müssen.

281  
282 Die SPD Sachsen fordert einen bedarfsgerechten Ausbau der Studienplätze in Deutschland.  
283 Bachelorabsolvent\_innen, die dies wünschen, sollen zukünftig Anspruch auf einen  
284 Masterstudienplatz haben. Hierfür ist es nötig, dass mehr Kapazitäten zur Verfügung stehen  
285 und die entsprechenden Bund-Länder-Programme künftig eine Masterkomponente  
286 enthalten.

287  
288 Um die Arbeit im Bereich der Gleichstellung weiter zu stärken, soll das Kaskadenmodell  
289 verbindlich festgeschrieben werden. Zudem sollen die Gleichstellungsbeauftragten mittels

|  |                                       |
|--|---------------------------------------|
| SPD Landesverband Sachsen<br>außerordentlicher Landesparteitag | 12. Oktober 2013<br>Annaberg-Buchholz |
| <b>Anträge</b>   |                                       |
| Antrag   | B 01                                  |

290 einer gesetzlichen Grundlage Stimmrecht in alle Organen und Kommissionen erhalten, um  
291 deren Position zu stärken.

292  
293 Um der Diversität an Hochschulen gerecht zu werden, muss ein Teilzeitstudium öfter als  
294 bislang ermöglicht werden ohne dass den Studierenden Nachteile, bspw. bei der  
295 Studienfinanzierung und Studienorganisation, entstehen. Nur so wird es gelingen den  
296 Bedürfnissen von Studierenden mit Beeinträchtigungen oder chronischen Krankheiten bzw.  
297 Studieren mit Kind gerecht zu werden.

298  
299 Im hochschulnahen Umfeld sollte es künftige ebenso gelingen, Betriebskindertagesstätten  
300 mit flexiblen Öffnungszeiten, Dual-Career-Services oder aber soziale Beratungsangebote zu  
301 etablieren. Die Studentenwerke haben sich hier als verlässlicher Partner erwiesen, bedürfen  
302 jedoch einer auskömmlichen Finanzierung durch den Freistaat Sachsen, um den  
303 gewachsenen Aufgaben gerecht zu werden.

304  
305  
306 Gute Arbeit an Hochschulen

307  
308 Wir setzen uns für gute Arbeit an Hochschulen ein. Ziel muss es sein, bessere und vielfältige  
309 Berufschancen in der Wissenschaft zu eröffnen. Die befristeten Stellen müssen auf ein  
310 Mindestmaß reduziert werden, indem bspw. die Vertragslaufzeit an die Projektlaufzeit  
311 angepasst werden. Um gesicherte Perspektiven in der Wissenschaft zu eröffnen, müssen  
312 mehr unbefristete Stellen geschaffen werden.

313  
314 Prekäre Beschäftigung soll der Vergangenheit angehören, deshalb muss es für alle  
315 Hochschulen definierte Mindestsätze zur Vergütung von Lehrbeauftragten geben. Den  
316 Lehrbeauftragten wie auch den studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften soll eine  
317 eigene Interessenvertretung ermöglicht werden, deshalb unterstützen wir weiterhin die  
318 Aufnahme dieser in öffentliche Tarifverträge.

319  
320 Im Sinne einer Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist die Stellung der  
321 Doktorand\_innen stärker zu würdigen. Dies ist in finanzieller Hinsicht durch  
322 Promotionsstellen oder aber angemessen ausgestattete Landesstipendien, die im  
323 Fördervolumen wieder ansteigen müssen, zu gewährleisten. In Hinblick auf die Stellung von  
324 Doktorand\_innen ist eine verbindlich Promotionsvereinbarung einzuführen, um für die  
325 Doktorand\_innen, die Betreuer\_innen sowie die Fakultäten einen verlässlichen  
326 Handlungsrahmen zu schaffen. Darüber hinaus soll auch für die Doktorand\_innen der  
327 gesetzliche Rahmen einer Interessensvertretung wie den Promovierendenräten geschaffen  
328 werden

329  
330  
331 Demokratische Hochschule



## Anträge

Antrag                    B 01

332

333 Um der Autonomie sächsischer Hochschulen gerecht zu werden, ist eine ausbalanciertes  
334 Kompetenz- und Beschlussgefüge zwischen den einzelnen Organen erforderlich. Eine  
335 Reform des Hochschulgesetzes, welches den Senat im Vergleich zu Rektorat und  
336 Hochschulrat stärkt, ist demnach geboten. Wo es verfassungsrechtlich möglich ist, sollten  
337 Organe auch viertelparitätisch besetzt werden.

338

339 Künftig soll eine demokratische Kultur an Hochschulen gefördert werden. Dies kann durch  
340 Angebote und Freiräume der Hochschulen bspw. durch Ringvorlesungen, Räume für eigene  
341 studentische Veranstaltungen, Diskussionen oder Platzhalter im Studienablaufplan  
342 erfolgen. Ein wesentlicher Bestandteil ist jedoch auch die aktive Partizipationsmöglichkeit in  
343 den jeweiligen Mitgliedergruppen. Für die Studierenden ist dies die Verfasste  
344 Studierendenschaft, welche in ihrer ursprünglichen Form als *obligatorische Mitgliedschaft*  
345 und Organ für alle Studierenden mit Finanzautonomie, wiederhergestellt werden soll. Des  
346 Weiteren sind wir bestrebt, die Förderung studentischer Projekte *im Landshaushalt* wieder  
347 aufzunehmen.

348

349

### Lehramtsausbildung an sächsischen Hochschulen

351

352 Die Lehramtsausbildung an den Hochschulen im Freistaat bedarf einer erneuten Reform. Die  
353 Lehramtsausbildung für allgemein bildende Schulen soll nicht nach Schularten erfolgen,  
354 sondern in zwei Stufen - Primar- und Sekundarstufe. Mit diesem Ansatz ebnen wir den Weg  
355 zu einer Gemeinschaftsschule, welche auf die Bedürfnisse jedes Schülers eingeht und ein  
356 gemeinsames Lernen auch im Hinblick auf inklusives Lernen ermöglicht. Im Zuge dessen  
357 muss die Regelstudienzeit für alle Lehramtsstudiengänge auf zehn Semester ausgeweitet  
358 werden, um unseren zukünftigen Lehrer\_innen sowohl fachliche als auch pädagogisch-  
359 didaktische Kompetenzen zu vermitteln. Das anschließende Referendariat muss sich  
360 mindestens über 1,5 Jahre erstrecken, um Mobilität im Lehrer\_innenberuf zu ermöglichen.  
361 Um mehr Neueinstellungen von Lehrer\_innen realisieren zu können, muss sich auch die  
362 Anzahl der Referendariatsplätze erhöhen, zudem sollten zeitliche Wartezeiten zwischen  
363 Studienabschluss und Beginn des Referendariats vermieden werden.  
364 Gemeinsam mit den Schulen sind die Hochschulen aufgefordert, entsprechende  
365 Weiterbildungsangebote sowie Quereinsteiger\_innen- Programme zu etablieren.